

A2 PB.L-01: KAPITEL 1: LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Gremium: BuVo
Beschlussdatum: 16.03.2021

1 Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine
2 Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts
3 konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die Krise
4 noch stemmen. Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr
5 soziale Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

6 Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben und Dürren die Vorboten
7 der Krise gespürt. Sie haben dramatische Konsequenzen: etwa für die Gesundheit der Menschen
8 – und es sind vor allem die mit den geringsten Einkommen, die den Preis dafür zahlen, dass
9 der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die Bäuerinnen und Bauern,
10 denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in unserer
11 Gesellschaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht umsteuern.
12 Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir für jetzige
13 und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur Klimaneutralität gehen.

14 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser
15 Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir
16 lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-
17 Pfad führen. Klimaschutz ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als unsere
18 Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare politische
19 Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.

20 Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt in der
21 Zukunft. Wir bringen Energie, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen und sorgen so für eine
22 effiziente Verzahnung dieser Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das
23 Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren
24 festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Statt
25 Ölheizungen werden Wärmepumpen, Power-to-Heat und Strom aus erneuerbaren Energien die
26 Heizquellen der Zukunft. Die Zukunft wird damit leiser, sauberer und gesünder. Weniger Autos
27 in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen
28 besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote
29 an klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbusse oder Carsharing,
30 erleichtern zu pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

31 Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue
32 Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige völlig neu entstehen, wieder
33 andere verschwinden. Für viele Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja
34 Zumutung. Die sozial-ökologische Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür
35 tun, Verluste zu verringern und Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen
36 oder Weiterbildung brauchen, sie auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu
37 tragen, dass die Kosten und Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind.
38 Klimagerechter Wohlstand bedeutet Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang
39 gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für
40 den Stahlarbeiter.

41 Wenn wir unsere Lebensgrundlagen schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische
42 Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann
43 brauchen wir einen neuen Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer
44 Politik und verändern entsprechend die Wirtschaftsweise. Wir setzen Prioritäten. Von jetzt

45 an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was
46 zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und Schritt für Schritt überwunden
47 werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der Böden, der Tiere und
48 der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschaftssystems machen, kann es gelingen, die
49 Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu gewährleisten. Und damit auch
50 unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches Zusammenleben.

51 **Wir schaffen klimagerechten Wohlstand**

52 Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität

53 Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität: Städte mit
54 weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen, zu
55 spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen Nahverkehr.
56 Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können. Gesundes
57 Essen, hergestellt unter Wahrung von Tier- und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel mehr
58 als reine Technik, er ist der Weg in eine bessere Zukunft. Überall in Deutschland haben sich
59 Kommunen, Unternehmen, Initiativen und Bewegungen längst auf diesen Weg begeben. Sie
60 brauchen endlich Rückenwind von der Politik. Wir wollen Kommunen befähigen, bei sich die
61 Mobilitätswende voranzubringen. Die Bahn und den ÖPNV machen wir fit für dieses Jahrhundert.
62 Wir sorgen für den Erhalt unserer wertvollen Wälder, Moore und Flüsse. Und wir begründen
63 einen Gesellschaftsvertrag zwischen Politik, Landwirt*innen und Verbraucher*innen.

64 Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften

65 Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das Benzin
66 in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Öl für die Heizung und das Gas im
67 Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das ist nichts weniger
68 als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die
69 Erneuerbaren. Daran hängt die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere
70 Versorgungssicherheit. Mit einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür
71 sorgen, dass die Sektorenkoppelung vorankommt und Strom zu verlässlichen und
72 wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist. Das Energiemarktdesign ändern wir, sodass
73 erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst und doppelt belastet wird, sondern für Speicher
74 und die Produktion von Wärme oder Wasserstoff nutzbar gemacht wird – nach dem Prinzip
75 „nutzen statt abschalten“. Verteilnetze und Verbraucher*innen statten wir mit intelligenter
76 Technik aus, damit sie flexibel reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom
77 produziert wird.

78 Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft

79 Wir müssen unsere Wirtschaft auf die Ziele der Klimaneutralität ausrichten und eine
80 Kreislaufwirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise und die
81 ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-
82 ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in
83 Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und
84 europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen.
85 Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und
86 Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche
87 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten Produkte und

88 Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zum Spitzenreiter bei den modernsten
89 Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

90 Grüne Digitalisierung

91 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie
92 oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen
93 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei
94 Zukunftstechnologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale
95 Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder nachhaltiger
96 sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.
97 Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst ökologisch
98 nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes
99 müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit, Folgebeschaffung, technische Offenheit,
100 Reparaturfähigkeit und Nachhaltigkeit zwingend in die Bewertungen einfließen und
101 Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle
102 Rechen- und Datacenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben
103 und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen.

104 Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen

105 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die
106 beste Chance, um bestehende Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und neue zu schaffen.
107 Die ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen und
108 kann zur einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen führen. Auf dem Weg zur
109 Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren Hunderttausende neue Jobs entstehen – Green
110 Jobs. Sie entstehen im Handwerk und der Bauwirtschaft, in neuen Industriebereichen und der
111 Kreislaufwirtschaft, in der Batterieproduktion und der Wasserstoffindustrie sowie in
112 neuen Dienstleistungsfeldern. Unser Anspruch ist, dass die neuen Jobs gut bezahlt und
113 tarifvertraglich organisiert sind sowie der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen. Darauf
114 werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

115 Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld

116 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu
117 einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile
118 grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen
119 Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu
120 wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für
121 Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem
122 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation
123 ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die
124 Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die
125 betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken.
126 Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie die
127 Transformation zu gestalten ist.

128 Transformationsfonds für die Regionen

129 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große
130 Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren

131 Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die
132 Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel
133 nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort
134 bleiben wollen. Regionale Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften
135 sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die Region sozial und
136 wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate wie Reallabore
137 und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und
138 Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und forschen.

139 Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen

140 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des
141 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das
142 Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher
143 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles
144 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren
145 Energien, der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum
146 voran. Wir werden ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren
147 sofort wirksame Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende
148 Einsparmöglichkeiten umsetzt. Wir werden das ungenügende Klimaschutzgesetz und den
149 Klimaschutzplan überarbeiten und – im Einklang mit dem höheren neuen europäischen Klimaziel
150 – das deutsche Klimaziel 2030 auf -70 Prozent anheben. Nur so kann es gelingen, dass wir
151 Europäer*innen deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.

152 Klimagerechtes Wirtschaften belohnen

153 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Da derzeit die
154 Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, nur sehr gering
155 eingepreist werden, sind klimafreundlichere Alternativen oftmals noch nicht
156 wettbewerbsfähig. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen und
157 Förderung sowie Ordnungsrecht ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung
158 von CO₂ erreichen, müsste der Preis 180 Euro betragen, was unweigerlich zu erheblichen
159 sozialen Unwuchten führen würde. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr
160 teilhaben. Wir sehen in der CO₂-Bepreisung also ein Instrument von vielen, das wir wirksam
161 und sozial gerecht einsetzen wollen. Das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) ist im
162 Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren, um seine Lenkungswirkung endlich
163 voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduzierung von Emissionszertifikaten und
164 der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen CO₂-Preis im Bereich
165 Strom und Industrie, der dafür sorgt, dass erneuerbare Energie statt Kohlestrom zu Einsatz
166 kommt. Sollte das auf europäischer Ebene nicht schnell genug gelingen, setzen wir auf einen
167 nationalen CO₂-Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom. Für die Bereiche Verkehr und
168 Wärme wurde in Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO₂-
169 Preis eingeführt, dessen Lenkungswirkung aber weiter verbessert werden muss. Wir wollen die
170 Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO₂-Preis
171 so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben
172 die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert.

173 Energiegeld einführen

174 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an
175 die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein
176 Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle
177 zusätzlichen CO₂-Einnahmen an die Menschen zurück, und zwar fair aufgeteilt pro Kopf. So
178 kann man mit Klimaschutz Geld verdienen und es findet ein sozialer Ausgleich im System
179 statt. Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem
180 Menschen mit hohem Einkommen belastet. Beziehende*innen von Transferleistungen wie
181 Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die
182 Grundsicherung angerechnet werden soll. Um zum Beispiel Pendler*innen mit niedrigem
183 Einkommen bei der Anpassung zu unterstützen, legen wir einen Fonds für
184 Transformationszuschüsse auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt, etwa beim Umstieg auf
185 ein emissionsfreies Auto.

186 CO₂-Bremsen für alle Gesetze

187 Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des
188 Pariser Klimavertrages wollen wir im Grundgesetz verankern und dem Staat mehr Möglichkeiten
189 geben, durch eine intelligente Steuergesetzgebung klimaschonendes Verhalten zu belohnen und
190 die fossilen Energieträger den wahren Preis zahlen zu lassen. Für Genehmigungsprozesse
191 führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO₂-Bremsen machen wir
192 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den
193 nationalen Klimaschutzziele messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen.

194 Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren

195 Schneller raus aus der Kohle

196 Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038 dem
197 Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir
198 setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Um nicht erneut den
199 Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, wollen wir die massiven Klimaschäden
200 der Kohleverstromung einpreisen. Das ist am sinnvollsten über den EU-Emissionshandel zu
201 regeln – mit einem lenkenden CO₂-Preis, der dem neuen EU-Klimaziel entspricht. Ein
202 beschleunigter Kohleausstieg bedarf im Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven
203 Ausbaus der erneuerbaren Energien. Zugleich wollen wir für den Gesundheitsschutz die
204 Grenzwerte für Immissionen, insbesondere Quecksilber, aus Großfeuerungsanlagen anheben.
205 Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen.

206 Auf jedes neue Dach eine Solaranlage

207 Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie
208 Hausbesitzer*innen. Unsere Dächer können zu Kraftwerken werden – jedes Dach mit Solaranlage
209 hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird dezentral und vor Ort erzeugt
210 und genutzt. Unser Ziel sind 1 Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren.
211 Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten,
212 öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen Standard

213 perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing- und Pachtmodelle können hier
214 unterstützend wirken. Die Mieterstrom-Regeln werden wir deutlich vereinfachen. Mit allen
215 diesen Maßnahmen schaffen wir eine Verdoppelung der derzeitigen Photovoltaik-Zubaurate.

216 Photovoltaik in die Fläche bringen

217 Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen.
218 Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir dabei vermeiden. Der Ausbau soll neben Autobahnen und
219 Schienen auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen und Brachen und auf Konversions-
220 oder Bergbauflächen, erfolgen und nicht auf wertvollem Ackerland. Agri-Photovoltaikanlagen,
221 d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche,
222 können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und Ökologie leisten. Wenn man es richtig
223 anstellt, können Freiflächen-Anlagen zu kleinen Biotopen werden. Landwirtschaftsbetriebe
224 sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig
225 zudem ist die Möglichkeit, direkte langfristige Stromlieferverträge abschließen zu können.
226 Bei der Planung gilt es die Bürger*innen frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den
227 Erlösen müssen die Kommunen profitieren.

228 Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern

229 Auch beim Ausbau der Windkraft müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel ist ein
230 jährlicher Zubau von 5 bis 6 GW Wind an Land, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035
231 erreichen. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren,
232 Anwohner*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung zu beschleunigen. In einem
233 ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die
234 Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle
235 Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen,
236 etwa über exzessive Mindestabstände zu Siedlungen, müssen der Vergangenheit angehören. Mit
237 frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung, klaren Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie
238 mit Ausschlussgebieten sorgen wir für eine anwohner*innenfreundliche und naturverträgliche
239 Standortwahl und stärken den Populationsschutz bei Vögeln. Wir werden die Planungs- und
240 Genehmigungsverfahren durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche
241 Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte
242 Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungstärkere ersetzt werden können.
243 Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie in der Europäischen
244 Energieunion mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der Wasserkraft Skandinaviens und
245 der Alpen. Je vernetzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für die Energiewende eine gute
246 Größe.

247 Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen

248 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht
249 einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Die Planung unserer
250 Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff braucht daher ein Update und muss
251 Klimaneutralität in den Mittelpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die
252 wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb nur geben, wenn sie bereits Wasserstoff-
253 ready geplant und gebaut werden. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff,
254 insbesondere wenn man die zusätzlichen Emissionen bei seiner Förderung und dem Transport mit
255 einrechnet. Öffentliche Gelder für neue Import-Infrastruktur wollen wir daran binden, dass
256 die fossilen Energieträger darüber nur noch in einem begrenzten Zeitrahmen transportiert
257 werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2 zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten

258 von klimaschädlichen Ressourcen und konterkarieren die Energiewende. Sie sollten daher – im
259 konkreten Fall von Nord Stream 2 – auch aus geopolitischen Gründen gestoppt werden. Damit
260 stärken wir unsere energiepolitische Souveränität.

261 Eine grüne Wasserstoffstrategie

262 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist zentral für eine klimaneutrale Welt. Deutschland
263 ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff vorne, diese Führungsrolle wollen wir
264 weiter ausbauen. Mit einer klaren Priorisierung und einem umfassenden Förderprogramm werden
265 wir die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Die Infrastruktur
266 für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Wir werden faire Kooperationen mit wind-
267 und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen, um zusätzlich Wasserstoff zu importieren.
268 Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es unabdingbar, die lokale Bevölkerung
269 einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen und sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen zu
270 orientieren. Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren
271 Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Die Vorstellung, alte
272 fossile Technologien wie Verbrennungsmotoren mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen
273 zu betreiben, ist bestenfalls eine Illusion, schlimmstenfalls eine Verzögerungstaktik. Die
274 Herstellung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen ist extrem energieintensiv und
275 teuer, die direkte Nutzung von Strom durch Batterien oder Wärmepumpen viel effizienter. Es
276 gilt daher Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe dort zum Einsatz zu bringen, wo sie
277 wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie oder beim Flugverkehr.

278 Einen Markt für Ökostrom schaffen

279 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der
280 Startschuss für die Energiewende in Deutschland. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil
281 von fast 50 Prozent im Strombereich, brauchen wir ein Energiemarktdesign, das Ökostrom in
282 den Mittelpunkt rückt und zugleich die Sektorenkopplung unterstützt. Unser Ziel ist, dass
283 erneuerbarer Strom künftig stärker marktgetrieben und systemdienlich vergütet wird. In einem
284 ersten Schritt werden wir dafür sorgen, dass auch außerhalb des EEG langfristige
285 Lieferverträge zwischen Ökostromerzeugern und Verbraucher*innen geschlossen werden können.
286 Zudem wollen wir den Ökostrommarkt für neue EEG-Anlagen öffnen, sodass Endkund*innen deren
287 Strom direkt kaufen können. In einem zweiten Schritt geht es darum, nicht die Arbeit,
288 sondern die zur Verfügung gestellte Leistung zu entlohnen. Damit stärken wir
289 Sektorenkopplung und Versorgungssicherheit. Wenn bei fossilen Energien die CO₂-Kosten
290 stärker eingepreist und neue Instrumente etwa für Refinanzierung und Mietermodelle
291 geschaffen sind, kann in einem dritten Schritt die EEG-Umlage für Neuanlagen auslaufen.

292 Die Bürger*innen an der Energiewende beteiligen

293 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir
294 Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und die Kommunen
295 verbindlich an den Einnahmen aus den Erneuerbaren-Anlagen beteiligen. Gerade der ländliche
296 Raum kann so von den Gewinnen profitieren. Bürger*innen-Energieprojekte wollen wir mit einer
297 Ausnahmeregelung bei den Ausschreibungen wieder stärken. Zudem wollen wir Mieterstrom
298 fördern und entbürokratisieren, damit Mieter*innen stärker die Möglichkeit bekommen, vom
299 Ausbau der Erneuerbaren zu profitieren.

300 Netzausbau beschleunigen

301 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Stromleitungen
302 schneller ausbauen. Sie sorgen dafür, dass der Strom von dort, wo er erzeugt wird, so
303 schnell wie möglich dorthin gelangt, wo er benötigt wird. Voraussetzung für einen weiteren
304 Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden,
305 die bestehenden Netze optimal auszunutzen. Zentral ist eine frühzeitige
306 Bürger*innenbeteiligung. Sie erhöht die Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu
307 bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor
308 Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da
309 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und zugleich kritische Infrastruktur darstellen,
310 wollen wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die
311 staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen und sie in
312 eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen. Wir treiben außerdem eine Reform der
313 Netzentgelte voran, um über einheitliche Netzentgelte zu mehr Fairness zwischen Stadt und
314 Land und Nord und Süd beizutragen.

315 Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden

316 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und umfassende Sanierungen klimaneutral erfolgen.
317 Dreh- und Angelpunkt sind hohe Baustandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem
318 Passivhausstandard entspricht, im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für
319 denkmalgeschützte Gebäude. Die Sanierungsquote muss deutlich gesteigert werden. Für den
320 Bestand muss gelten: Sobald ein Eigentümerwechsel erfolgt, wird ein Sanierungsfahrplan
321 erstellt. Wenn im Gebäudebestand ein Heizungsaustausch ansteht oder umfassend saniert wird,
322 sollen Erneuerbare, wo immer möglich, verbindlich zum Einsatz kommen. Wir legen dazu ein
323 Investitionsprogramm für 2.000.000 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme
324 wollen wir dekarbonisieren. Dabei ist es für die Energieeffizienz maßgeblich, von der
325 Einzelbefehung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus verschiedenen
326 Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Solarthermie oder Power-to-Heat Wärme eingespeist wird.
327 Solche verbundenen Energiesysteme werden wir fördern, besonders in städtischen Gebieten.

328 Wärmewende fair gestalten

329 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter*innenschutz und gezielter Förderung einhergehen.
330 Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche
331 Modernisierungen fair zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen, sodass sie
332 für alle bezahlbar und für die Vermieter*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die
333 Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die
334 Mieter*innen abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem Klimawohngeld,
335 ermöglichen wir auch Empfänger*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen Wohnungen zu leben.
336 Eigenheimbesitzer*innen werden wir mit Steuervergünstigungen und zielgerichteten
337 Förderprogrammen helfen.

338 Atomausstieg vollenden – Endlagersuche zum Erfolg führen

339 Wir werden Ende 2022 den Atomausstieg in Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine
340 Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe
341 hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen durch
342 eine restriktivere Exportpolitik stark einzuschränken und perspektivisch zu schließen. Zum
343 Atomausstieg gehört auch, einen Endlagerstandort für den hochradioaktiven Atom Müll zu

344 finden. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche. Entscheidend für den
345 Endlagerstandort sind höchste Sicherheitsstandards bei bestmöglichen geologischen
346 Bedingungen und Rückholbarkeit; die Suche hat auf Basis von wissenschaftlichen Kriterien und
347 mit größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung zu erfolgen. Auch in der EU
348 wollen wir den Einstieg in den Ausstieg vorantreiben. Wir setzen uns dafür ein, den Euratom-
349 Vertrag zu reformieren. Gemeinsam mit anderen engagierten Mitgliedstaaten wollen wir dafür
350 sorgen, dass nicht mehr die Atomkraft privilegiert wird, sondern die erneuerbaren Energien
351 stärker gefördert werden.

352 **Wir sorgen für nachhaltige Mobilität**

353 **Investitionen für starke Bahnen in Stadt und Land**

354 Die Bahn ist ein öffentliches, soziales Gut und das Rückgrat einer nachhaltigen
355 Mobilitätswende. Wir wollen den Bahnverkehr ausbauen, alle deutschen Großstädte mit
356 regelmäßigen Verbindungen an den Fernverkehr anschließen und in ländlichen Räumen in
357 größerem Umfang Anschlüsse an das Schienennetz reaktivieren. Entwidmung von Bahnstrecken
358 soll es nicht mehr geben. Auch den grenzüberschreitenden Zugverkehr gilt es im Rahmen eines
359 Europatakts deutlich zu stärken, ein attraktives europäisches Schnell- und Nachtzugnetz
360 aufzubauen und die Lücken in regionalen, grenzüberschreitenden Nahverkehrsverbindungen zu
361 schließen. Bahnhöfe wollen wir zu modernen Mobilitätsstationen aufwerten und die Kombination
362 von Fahrrad und öffentlichem Verkehr stark verbessern. Die Investitionsmittel für die Bahn
363 werden wir dafür massiv anheben. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und
364 effizienter machen, die Strukturen für mehr Schienenverkehr neu ordnen und in neuer
365 staatlicher Verantwortung am Gemeinwohl ausrichten. Der Bund muss zudem mehr Verantwortung
366 für das Schienennetz und die Koordinierung des Zugverkehrs im Deutschlandtakt übernehmen.
367 Wir setzen auf ein Wachstum der Schiene und sichere Arbeitsplätze im Bahnbereich.

368 **ÖPNV ausbauen**

369 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den
370 Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der
371 öffentliche Personennahverkehr attraktiver und innovativer und mit dem Fernverkehr verknüpft
372 werden. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts- und Ausbauoffensive starten,
373 Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen, die Mittel für den Betrieb von
374 Regionalbahnen ausweiten und die Finanzierungsinstrumente an das Ausbauziel anpassen. Auch
375 die Beschaffung von emissionsfreien Bussen wollen wir durch attraktive Konditionen für die
376 Kommunen vorantreiben. In Modellprojekten sind Kommunen dabei zu unterstützen, auf einen
377 umlagefinanzierten preiswerten ÖPNV umzusteigen.

378 **Fahrradnetz für ganz Deutschland**

379 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Um es auszuschöpfen, wollen wir
380 Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein – überall.
381 Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische
382 Radwege sollen sich durch hohe Qualität und eine gute Beschilderung auszeichnen. Unsere
383 Vision ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland. Wir richten die Verkehrspolitik
384 an den Zielen und Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans aus, erhöhen die
385 Förderprogramme für Ausbau und Modernisierung der Radinfrastruktur und reformieren das

386 Straßenverkehrsrecht, damit Radfahrer*innen besser geschützt sind und mehr Platz im
387 Straßenraum bekommen.

388 Mobilpass einführen

389 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale
390 Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die
391 deutsche Mobilitätswirtschaft zum Vorreiter für neue Mobilitätslösungen machen und die
392 Chancen der Digitalisierung für eine Verkehrswende nutzen. Echtzeitinformationen und ein
393 einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden. Damit man problemlos überall von
394 A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote von 120 Verkehrs- und
395 Tarifverbänden in Deutschland verknüpfen und Sharing- und Ridepooling-Dienste so
396 integrieren, dass Sozial- und Umwelt-Dumping ausgeschlossen sind. Wir wollen den Wechsel zu
397 Fahrrad, Bus und Bahn für alle möglich machen und auch finanziell fördern. Deshalb wollen
398 wir mit dem Mobilpass auch attraktive Tarife und Sozialtarife fördern. Ein Haushalt, der
399 sein Auto dauerhaft abmeldet, soll zudem für ein Jahr eine Mobilitätsprämie für die Nutzung
400 umweltfreundlicher Verkehrsmittel bekommen. Für autonomes Fahren schaffen wir einen
401 Rechtsrahmen mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr.

402 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

403 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele
404 erreichen können. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad steigen, öfter zu Fuß gehen – sei es
405 zur nächsten Haltestelle oder S-Bahn-Station – und auf diese Weise Städte vom Autoverkehr
406 entlasten, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, die folgenschwere Verkehrsunfälle verhindern,
407 entscheidend. Unser Ziel ist die Vision Zero, d. h. keine Toten und Schwerverletzten mehr im
408 Straßenverkehr. Wir wollen Kommunen ermöglichen, in geschlossenen Ortschaften das Regel-
409 Ausnahme-Verhältnis beim Tempolimit umzukehren. Für die Autobahnen wollen wir ein
410 Sicherheitstempo von 130 Stundenkilometern. Um die vielen Unfälle von Fahrradfahrer*innen
411 und Fußgänger*innen in Innenstädten durch abbiegende Schwerlasttransporter zu verhindern,
412 wollen wir verpflichtende Vorgaben für Lkw-Abbiegeassistenzsysteme einführen.

413 Autos der Zukunft bauen

414 Das Auto der Zukunft wird im Sinne der Lebensqualität aller leiser, digitaler und
415 klimaneutral sein. Der technologische Wettlauf ist in vollem Gange. Damit das Auto der
416 Zukunft weiter in Deutschland entwickelt und produziert wird, braucht es klare politische
417 Leitplanken. Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, zum
418 Beispiel durch eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos. So sorgen wir für
419 saubere Luft in Innenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die
420 Automobilindustrie kann ihre Entwicklungsarbeit verlässlich auf Elektromobilität ausrichten.
421 Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen uns für
422 schärfere europäische CO₂-Flottengrenzwerte ein. Den Kauf emissionsfreier Autos wollen wir
423 über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer fördern. Saubere Autos werden billiger,
424 klimaschädliche teurer. Wir beenden die Dieselsubvention und gestalten die
425 Dienstwagenbesteuerung ökologisch um. Wir beschleunigen den flächendeckenden Ausbau einer
426 einheitlichen Ladeinfrastruktur, inklusive Schnellladesäulen und öffentlicher Ladepunkte im
427 ländlichen Raum. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell und bequem
428 möglich sein.

429 Moderne Verkehrsinfrastruktur

430 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie
431 reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat
432 keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten.
433 Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die an den Zielen der Mobilität für alle
434 und an Klimaneutralität ausgerichtet ist und den Fokus auf den Ausbau von Schienen, Radwegen
435 und auf eine intelligente Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel legt. Auch die
436 Vermeidung von Verkehr, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die
437 Wiederkehr der Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. Wir werden
438 einen Bundesnetzplan 2050 erarbeiten, in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße,
439 Schiene und Wasserstraßen im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird.
440 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um nicht
441 planfestgestellte Straßenneubauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal auf
442 den Prüfstand zu stellen und mit einem Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten. Die
443 Investitionen werden wir umschichten zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des
444 Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.

445 Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie

446 Das Auto ist für viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und gerade für viele
447 Familien im ländlichen Raum kaum wegzudenken. Dort setzen wir deshalb an erster Stelle auf
448 die Chancen der Antriebswende. Das E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf dem
449 Dach, einem Stromspeicher im Keller und einer Wallbox in der Garage eine zukunftsfähige
450 Lösung, die wir gerade im ländlichen Raum ausbauen wollen. Doch auch auf dem Land muss
451 Mobilität ohne Auto möglich sein, das Angebot muss wachsen, gerade für Pendler*innen,
452 Jugendliche und ältere Menschen. Wir wollen die Länder dabei unterstützen, eine
453 Mobilitätsgarantie mit Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einzuführen, erweiterte
454 Angebote an öffentlicher Mobilität in ländlichen Räumen zu entwickeln und Radwege
455 auszubauen. Gerade in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige und
456 verlässliche Anbindung an den ÖPNV, an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-
457 Demand-Verkehre sowie öffentliche Stromtankstellen.

458 Mobilitätswende in der Stadt

459 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten: Unfälle,
460 Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen – die autozentrierte Stadt ist
461 nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum Leben. Wir wollen die Städte bei
462 der Mobilitätswende gezielt unterstützen, es ihnen erleichtern, sichere Radwege und
463 attraktive Fußwege anzulegen und verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und
464 Stadtviertel zu schaffen. Die Städte sollen mehr Möglichkeiten bekommen, regulierend in den
465 Autoverkehr einzugreifen und öffentlichen Raum neu aufzuteilen, zum Beispiel indem Autos
466 nicht mehr überall, sondern nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken dürfen. Die
467 Ausweitung von umweltfreundlichem Carsharing werden wir fördern, damit der Pkw-Bestand in
468 den Städten abnimmt.

469 Flugverkehr klimaneutral ausrichten

470 Fliegen hat unsere Welt näher zusammengebracht. Zugleich ist es wegen seines immensen
471 Kerosinverbrauchs die klimaschädlichste Fortbewegungsart. Nach der Pandemie wollen wir kein
472 Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität

473 ausrichten. Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen, indem wir die Bahn
474 massiv ausbauen. Die Zahl von Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und das Fliegen
475 gleichzeitig zu dekarbonisieren. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen,
476 wollen wir die bestehende Beimischungsquote erhöhen und einen Anstiegspfad festschreiben.
477 Den Aufbau von Produktionsanlagen und moderner Flugzeugtechnologie fördern wir.
478 Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr sind abzubauen und Finanzhilfen für
479 unwirtschaftliche Regionalflughäfen zu beenden. Neben einer Reduktion des Fluglärms durch
480 weniger und bessere Flugzeuge braucht es ein echtes Nachtflugverbot.

481 Zukunftsfähiger Güterverkehr

482 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist
483 in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland muss
484 auch der Güterverkehr zukunftsfähig sein. Wir setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe,
485 die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik und wollen
486 mehr Güter mit der Bahn transportieren. Dazu wollen wir die Kombination von Straße und
487 Schiene ertüchtigen und dafür sorgen, dass Industrie und Gewerbe wieder ans Bahnnetz
488 angeschlossen werden. In der Schifffahrt heißt es: weg vom Schweröl und stattdessen den
489 Einsatz alternativer Kraftstoffe und Antriebe forcieren. Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen
490 wir durch eine CO₂-orientierte Maut regulieren. Zusammen mit ambitionierten CO₂-
491 Flottengrenzwerten und der Förderung klimafreundlicher Antriebe werden auch Lkw absehbar
492 emissionsfrei. Für mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von
493 Arbeitszeitvorschriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer*innen müssen erheblich
494 verbessert werden. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von Lastenrädern und
495 neue Verteilkonzepte wie Cityhubs oder Güterbeförderung auf Schienen fördern.

496 Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben

497 Artensterben stoppen

498 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher
499 unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt zu
500 überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine andere
501 Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir hier
502 ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz verringern, den
503 Einsatz von Glyphosat untersagen, den Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen zur
504 Bebauung und die Entwässerung von moorigen Standorten im Bundesbesitz stoppen. Wir werden
505 Naturschutzkorridore schaffen, Natura-2000-Gebiete gemeinsam mit den Ländern verteidigen und
506 verbessern sowie Schutzgebiete, wo möglich, vergrößern bzw. neue schaffen. 10 Prozent der
507 Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen für Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen
508 eingesetzt werden. Mit einem Wildnisfonds wollen wir dafür sorgen, dass sich auf mindestens
509 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis entwickeln kann. Um Natur zu retten, gilt es
510 bis 2030 den Flächenverbrauch zu halbieren. Bei neuer Straßenverkehrsinfrastruktur sowie
511 Siedlungs- und Industriegebieten muss mehr auf den Naturschutz geachtet werden. Das werden
512 wir bei Bundesinfrastrukturprojekten umsetzen und zugleich Landes- und Kommunalverwaltungen
513 dabei unterstützen, nicht mehr benötigte versiegelte Flächen der Natur zurückzugeben oder im
514 Innenbereich zu verdichten.

515 Unseren Wald retten

516 Unser Wald ist durch die Klimakrise stark bedroht. Wir erleben heute schon ein Waldsterben,
517 das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den 80er Jahren durch den sauren Regen
518 entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile Waldökosysteme sind
519 widerstandsfähiger als Monokulturen. Wir wollen gesetzliche Mindeststandards für eine
520 naturnahe Waldbewirtschaftung festlegen und den Umbau und die Wiederbewaldung nach
521 ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben unterstützen. Das dient auch dem ökonomischen
522 Mehrwert. Die Bewirtschaftung von Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische
523 Kriterien – im Wald nach FSC, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau zertifiziert – geknüpft
524 werden. Wir wollen 5 Prozent unserer Wälder komplett aus der Nutzung nehmen. Dazu weisen wir
525 Naturwälder aus und machen sie zu Urwäldern von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern die
526 Waldbrandgefahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine bundesweite Präventions-
527 und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

528 Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen

529 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global weiter
530 voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Erhalt der
531 biologischen Vielfalt einsetzen. Es sollen entsprechend der Biodiversitätsstrategie der
532 Europäischen Union mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meere geschützt
533 werden, davon 10 Prozent der EU-Landflächen und 10 Prozent der EU-Meeresgebiete mit strengen
534 Schutzvorgaben, nötig ist außerdem ein Entwaldungsstopp für die Schutzgebiete an Land. Die
535 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir in einem solchen Abkommen als neue
536 Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen. Insbesondere im
537 Meeresbereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir werden uns
538 dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen,
539 Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen und damit den Schutz des Meeres in den Fokus
540 zu rücken, damit legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten
541 und Übernutzung verhindert wird.

542 Flüsse und Moore schützen

543 Die Renaturierung von Flüssen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all das
544 schützt nicht nur seltene Lebensräume und die Biodiversität, sondern auch das Klima.
545 Naturnahe Bäche und die letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben,
546 einen Ausbau der Oder lehnen wir ab. Flüsse mit weiten Auen und Überschwemmungsgebieten sind
547 auch der beste Schutz gegen Hochwasser. Daher werden wir die Aufgaben der
548 Bundeswasserstraßenverwaltungen stärker ökologisch ausrichten. Spezifische Programme für
549 wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir
550 stärken und die EU-Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz.
551 Daher wollen wir unsere Moore so schnell wie möglich wiedervernässen. Dazu legen wir
552 gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-Renaturierungsprogramm auf.
553 Wiedervernässte Moore müssen zu einem Teil Schutzgebiete werden, ein anderer Teil sollte
554 nachhaltig genutzt werden. Daher wollen wir Paludikultur stärken, also die
555 landwirtschaftliche Nutzung von nassen Hoch- und Niedermooren.

556 Sauberes Wasser ist Leben

557 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Nitrat, Waschmittelrückstände und
558 Medikamentenreste, die Grundwasser, Seen und Flüsse belasten, gehören nicht ins Abwasser.

559 Deshalb wollen wir klare gesetzliche Vorgaben etwa zur Flächenbindung der Tierhaltung und
560 des Pestizideinsatzes verankern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe
561 sollen so zu einer fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung
562 führen. Durch eine Stärkung der Produktverantwortung von Herstellern und genaue
563 Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente können wir die Gefahren von
564 Arzneimittelrückständen im Wasser und Resistenzen von Keimen verringern. Setzen wir das EU-
565 Recht konsequent um, reduzieren wir den Eintrag von hormonverändernden Stoffen und
566 Mikroplastik im Wasser. Den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung gegenüber gewerblicher
567 Nutzung gilt es sicherzustellen, Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von
568 Regenwasser wollen wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen.

569 Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen

570 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich durch
571 weitere Versauerung, Überdüngung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu verschlechtern. Um
572 die Plastikmüllflut zu stoppen, wollen wir ein Sofortprogramm mit verbindlichen
573 Müllvermeidungszielen auflegen. Wir wollen Technik und Maschinen fördern, die eine Bergung
574 der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ermöglichen. Um die Fischbestände zu
575 stabilisieren und Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben, wollen wir eine
576 regionale, umwelt- und artenschonende Fischerei unterstützen und die Betriebe fördern, die
577 Fangmengen und Netzlängen reduzieren, die neue bzw. althergebrachte Fanggeräte erproben oder
578 einsetzen und sich für touristische Angebote öffnen. In Meeresschutzgebieten regulieren wir
579 die Schleppnetz- und Stellnetzfisherei sowie die touristische Nutzung. Aus den
580 Erdölförderanlagen in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit
581 Bohrabfällen und auch durch die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für
582 ein Ende der Förderung fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen
583 Wirtschaftszone (AWZ) wollen wir einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen
584 sowie ein Förderende bis 2025. Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für
585 ein Ende der Öl- und Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den
586 Ausstieg aus dem Kies- und Sandabbau vorantreiben. Für lebendige Weltmeere sind die
587 Umsetzung der EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie und verbindliche Abkommen über Fangquoten,
588 ein Ende der Fischereisubventionen, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von
589 großflächigen Meeresschutzgebieten überlebensnotwendig.

590 Das Ende des Mülls

591 Der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren. To-go-Becher werden nur für wenige
592 Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente Handys und Tablets verstauben in
593 Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt werden könnten. Unser Ziel ist Zero
594 Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die Ressourcenverschwendung gestoppt werden.
595 Dafür wollen wir das komplizierte Pfandsystem entwirren. Jede Flasche soll in jeden
596 Pfandautomaten passen, den To-go-Mehrwegbecher machen wir bis 2025 zum Standard. Auf
597 europäischer Ebene treten wir für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit Ressourcenschätze aus
598 alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir ein Pfand auf Handys,
599 Tablets und energieintensive Akkus. Das Verpackungsgesetz entwickeln wir zu einem
600 Wertstoffgesetz weiter, das Mehrwegquoten und Pfand auf alle Einweg-Plastikflaschen
601 vorsieht. Die Kreislaufwirtschaft wird das neue Normal. Im Kreislaufwirtschaftsgesetz räumen
602 wir allen ökologisch vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang ein. Wir setzen uns für ein
603 Verbot des Exports von Plastikmüll in Länder außerhalb der EU ein.

604 Giftfreie Produkte im Alltag

605 Plastikrückstände befinden sich bereits in den Körpern von Kindern und Jugendlichen. Die
606 Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden Chemikalien eine globale
607 Gesundheitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die Erkrankungen wie Krebs, Diabetes
608 oder ungewollte Kinderlosigkeit auslösen können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem
609 wir das EU-Recht im Chemikalienbereich schnell und konsequent umsetzen. Im Rahmen der
610 Chemikalienverordnung REACH wollen wir weitere Einschränkungen für gefährliche Stoffe und
611 werden entsprechende Vorschläge machen. Besonderes Augenmerk richten wir auf Spielzeug,
612 Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder Elektronik.
613 Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesene giftige Chemikalien wie
614 Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per- und polyfluorierte
615 Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund
616 in einer gesunden Umwelt leben können.

617 Saubere Luft zum Atmen

618 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus Kohlekraftwerken
619 oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der Europäischen
620 Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch von
621 Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Um die Luft zu verbessern, bietet die ökologische
622 Modernisierung riesige Chancen. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir
623 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Minderungsziele für Luftschadstoffe und die
624 Grenzwert-Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation schnellstmöglich umsetzen.

625 Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt

626 Schon heute hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern,
627 Waldsterben und Dürren längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten,
628 die in schwierigeren Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an
629 Erderhitzung kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. Unsere Städte
630 wollen wir besser gegen Hitzewellen wappnen – mit mehr Stadtgrün, Fassadenbegrünung und
631 Trinkbrunnen. Es gilt unsere Städte so umzugestalten, dass sie mehr Wasser aufnehmen und
632 speichern und im Sommer kühlend wirken. Öffentliche Trinkwasserversorgung muss Vorrang vor
633 einer Privatnutzung haben. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte immer wichtigere
634 Lebensräume. Wir wollen die Natur in der Stadt ausweiten und dafür zum Beispiel die
635 Lichtverschmutzung eindämmen, die sich negativ auf Menschen und Tiere auswirkt.

636 Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

637 Landwirtschaft fit für die Zukunft machen

638 Wir wollen Umwelt-, Tier-, Klima- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung
639 miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir
640 als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit einem
641 Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz
642 verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme,
643 aber auch faire Bezahlung von Landwirt*innen und ein geändertes Ernährungssystem. Wir werden
644 vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie
645 die Nutzung von robusten Pflanzensorten und Tierrassen. Digitale Anwendungen können bei

646 entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher machen, müssen
647 aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben offenstehen und
648 bezahlbar sein. Den Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür
649 schaffen, dass künftig immer mehr Bäuer*innen und Lebensmittelhersteller umstellen.
650 Monokulturen und chemische Dünger führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für
651 Gesundheit und Umwelt, während Kleinbäuer*innen durch europäische Dumpingexporte,
652 patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf
653 Nahrung muss garantiert sein, kleinbäuerliche Strukturen sollten gestärkt werden. Dafür
654 unterstützen wir mit unserer Agrar- und Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische
655 Agrarwende.

656 Öffentliches Geld für öffentliche Leistung

657 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU sollte zu einem Instrument für eine ökologische
658 Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.
659 Das muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer*innen,
660 Verbraucher*innen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit
661 die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-,
662 Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden. Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft
663 gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben, gilt es die nationalen Spielräume für die
664 bevorstehende Förderperiode bestmöglich zu nutzen. Dazu gehören ein Ökolandbau-Anteil von 30
665 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030. Wir wollen
666 das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die
667 konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Bis zum Jahr 2028 wollen wir für die
668 Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.

669 Pestizide reduzieren

670 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich
671 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem sind weniger
672 Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den
673 Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten:
674 durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders
675 umwelttoxische Wirkstoffe und das besonders häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den
676 Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um
677 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die
678 Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen.
679 Die Landwirt*innen werden durch Gelder der Pestizidabgabe dafür entschädigt. Wir werden
680 außerdem den Export von Pestiziden beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von
681 Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die
682 Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel verbessern und so Transparenz und
683 Unabhängigkeit stärken sowie ein kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und Beratungsprogramm
684 für nicht synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

685 Vielfältiges Saatgut ohne Patente

686 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut. Es ist
687 nötig, die Zucht von robusten Sorten voranzutreiben. Angesichts der Klima- und
688 Biodiversitätskrise wollen wir sowohl die Forschung für ökologisches Saatgut stärken als
689 auch neue Ansätze fördern. Gentechnikfreie Produktion muss durch vorsorgeorientierte
690 Zulassungsverfahren und Kennzeichnungspflicht geschützt bleiben. Die Opt-out-Richtlinie der

691 EU setzen wir vollständig in nationales Recht um. Die Risiko- und Nachweisforschung sowie
692 innovative Ansätze, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, werden
693 wir stärken. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine Patente auf Pflanzen
694 und Tiere sowie deren genetische Anlagen mehr gibt.

695 Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer*innen

696 Bäuerinnen und Bauern müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden daher mit Hilfe des
697 Wettbewerbsrechts gegen Dumpingpreise im Lebensmittelhandel vorgehen. Wir wollen
698 Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation
699 und den Ausverkauf ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass wir die Flächen der
700 bundeseigenen BVVG in eine Bundesstiftung überführen, die die Flächen vorzugsweise an
701 kleinere Betriebe statt an große Investoren verpachtet. Auch in der Lebensmittelerzeugung
702 und -verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und
703 Gesundheitsschutz für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie ebenso wie mehr
704 Rechte für die Arbeitnehmer*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften sind
705 notwendig.

706 Regionale Vermarktung stärken

707 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, beim
708 Bäcker, in der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Wir wollen die regionale
709 Erzeugung und Vermarktung stärken und so dem Betriebssterben der letzten Jahre
710 entgegenzutreten. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch
711 lokale Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von
712 regionalen Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Fördergelder sollen vorrangig den
713 kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben und Handwerker*innen zugutekommen. Forschung und
714 Beratung zur Regionalvermarktung, innovative und partizipative Ansätze wie solidarische
715 Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

716 Lebensmittel retten

717 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht
718 zugänglich sein. Ernährungsbedingte Krankheiten aufgrund von Fehlernährung wollen wir
719 gezielt eindämmen. Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen
720 unterstützen wir dabei, mehr nachhaltiges, gesundes und regionales Essen anzubieten. Gutes
721 Essen scheidert allzu oft an mangelndem Angebot und Transparenz. Um das zu ändern, wollen
722 wir die Ernährungsindustrie in die Pflicht nehmen. Wir brauchen verbindliche
723 Reduktionsstrategien für Zucker, Salz und Fett. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder
724 richtet, wollen wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation
725 orientieren. Klimaschutz heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte
726 produzieren und konsumieren werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver
727 und zugänglich für alle Menschen machen. Pflanzliche Milchalternativen sollen steuerlich mit
728 Milchprodukten gleichgestellt und mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden.
729 Auch gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir vor. Wir wollen mit einem Rettet-die-
730 Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und -
731 produzenten verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben statt wegzuwerfen.
732 Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte Containern – muss entkriminalisiert
733 werden.

734 Klare Lebensmittelkennzeichnung

735 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen
736 Informationen über Zutaten, Herkunft und Herstellung wollen wir für die nötige Transparenz
737 sorgen. Wir werden daher eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch und
738 andere tierische Produkte einführen. Die Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir
739 ausbauen und europaweit für alle Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die
740 Transparenz über die Herkunft von Lebensmitteln verbessern. Transparenz muss auch bei der
741 Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen in Form
742 eines Hygienebarometers für alle erkennbar sein.

743 Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben

744 Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere

745 Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis
746 getrieben: Bäuerinnen und Bauern werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr
747 produzieren, um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben
748 immer kürzer, die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Es braucht einen
749 Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und
750 diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Damit Tierschutz wirtschaftlich
751 machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen durch eine Umbauförderung, faire Preise für ihre
752 Arbeit und verpflichtende Haltungskennzeichnungen auf den Produkten für alle Tierarten
753 unterstützen. Die Tierhaltung soll an die Fläche – nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro
754 Hektar – und Obergrenzen pro Stall gebunden werden. Den Umbau in tiergerechte Ställe werden
755 wir durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte ebenso gezielt fördern wie die
756 Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Qualzucht,
757 Amputationen, Eingriffe ohne Betäubung und Anbindehaltung wollen wir beenden, den Einsatz
758 von Antibiotika senken und Tiertransporte auf vier Stunden begrenzen. Lebendtiertransporte
759 in Drittstaaten außerhalb der EU gehören ganz verboten.

760 Tiere schützen und respektieren

761 Tiere brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Tierhaltung
762 verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir eine besondere Verantwortung.
763 Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben frei von Schmerzen, Angst und
764 Stress ermöglichen. Dafür gilt es gemeinsam mit den Ländern und Kommunen auf einen
765 effektiveren Vollzug hinzuwirken und wirkungsvollere Sanktionen bei Tierschutzvergehen im
766 Tierschutzgesetz zu verankern. Wir werden ein Verbandsklagerecht für anerkannte
767 Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten Tierschutzorganisationen und ein*e
768 Bundestierschutzbeauftragte*r sollen Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen, die für
769 den Tierschutz zuständigen Behörden kontrollieren und Rechtsverstöße beanstanden. Die
770 Haltung von Wildtieren in Zirkussen gehört nicht mehr in unsere Zeit. Den Online-Handel mit
771 Tieren wollen wir strikt regulieren. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von
772 Tierversuchen in der Wissenschaft an und wollen Tierversuche mit einer klaren
773 Ausstiegsstrategie und innovativen Forschungsmethoden schnellstmöglich überflüssig machen.
774 Deswegen muss die zukunftsorientierte Forschung sichergestellt sein, genauso wie auch
775 tierfreie Modelle für verbesserte Medikamenten- und Sicherheitsprüfungen weiterentwickelt
776 und gefördert werden müssen.

777 Wildtierhandel an die Leine legen

778 Die Covid-19-Pandemie muss eine Lehre sein, die Gesundheit von Umwelt, Tier und Mensch
779 zusammenzudenken. Sie basiert auf einer Zoonose, einer vom Tier zum Menschen übertragenen
780 Infektionskrankheit. Solche neuartigen Krankheiten werden durch die fortschreitende
781 Zerstörung der Natur und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume
782 begünstigt. Dem gilt es entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel mit
783 ihnen muss strenger reguliert, Importe von Wildfängen, die Trophäenjagd, ihr Handel auf
784 Online-Portalen und Wildtierbörsen müssen ganz verboten werden. Auch die industrielle
785 Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen gezeigt hat.
786 Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung möglicher Zoonosen
787 auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Pelztierfarmen nicht mehr erlaubt sind.